

Harring, Rainer J.

**Article — Digitized Version**

## Exportüberschüsse - eine heilige Kuh?

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Harring, Rainer J. (1973) : Exportüberschüsse - eine heilige Kuh?,  
Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 53, Iss. 4, pp. 191-193

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134528>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Exportüberschüsse – eine heilige Kuh?

Rainer J. Harring, Frankfurt/M.

Die neue Folge von Währungskrisen, die nur dreizehn Monate nach den voreilig als „Jahrhundertereignis“ markierten Beschlüssen von Washington mit elementarer Gewalt in die Bundesrepublik eingebrochen ist, wurde im wesentlichen von zwei sehr ähnlichen, wenn auch mit dem entscheidenden Unterschied entgegengesetzter Vorzeichen versehenen Ursachen ausgelöst: Rekordhöhen in den Zahlungsbilanzsalden der USA einerseits, der Bundesrepublik und Japans andererseits. Der deutsche Exportüberschuß übertraf 1972 mit 20,3 Mrd. DM – die annähernd dem amerikanischen Defizit von 6,4 Mrd. Dollar gleichkamen – das Vorjahresergebnis um fast 4,4 Mrd. DM.

## Argumente der Paritätsverteidiger

Trotz der rasanten Steigerung der deutschen Exporte, die sich aufgrund des Trends bei den Auftrageingängen noch weiter erhöhen dürfte, wandten sich Bundesregierung, Notenbank, die Mehrzahl der Wirtschaftsforschungsinstitute sowie die Wirtschaftspublizistik in selten gekannter Einmütigkeit lange Zeit entschieden gegen eine neuerliche Aufwertung der D-Mark. Erst die Erfahrung, daß die zehnprozentige Abwertung der amerikanischen Währung der in den Dollarfluten ertrinkenden Deutschen Bundesbank lediglich eine zweiwöchige Atempause verschaffen konnte, und die Überlegung, daß eine isolierte deutsche Wechselkurskorrektur aus konjunkturpolitischen Gründen gar nicht so unerwünscht kommen würde, ließen die Bereitschaft zu einer – mit 3% sehr bescheiden ausgefallenen – Paritätsänderung der DM und der Hinnahme weiterer Kursverbesserungen im Rahmen eines Kleineuropa-Block-Floatings entstehen.

Dabei ließen sich die Verteidiger der Parität zwar nicht mehr von den noch 1968/69 gültigen Irrationalismen leiten, nach denen das Festhalten an überholten Wechselkursen als Zeichen der Stärke von Regierung und Währung galt. Wie die nachhaltige Verbesserung der Terms of Trade nach den

beiden DM-Aufwertungen deutlich machte, hat die deutsche Volkswirtschaft dieses Verhalten teuer bezahlt, indem die Dollarerlöse aus den Exporten nicht den tatsächlichen, realen Werten entsprachen, während umgekehrt die Einfuhren zu hoch bewertet worden sind.

Vielmehr wird von den Paritätsverteidigern eine weitere Unterbewertung der D-Mark trotz der Rekordergebnisse im Warenhandel in Abrede gestellt. Dabei wird insbesondere auf die hohen Ausgaben im Reiseverkehr und die Überweisungen der ausländischen Arbeitnehmer in ihre Heimatländer verwiesen: Der Überschuß der Handelsbilanz im vergangenen Jahr wird von den Defiziten in der Dienstleistungsbilanz (6,1 Mrd. DM) und der Übertragungsbilanz (12,4 Mrd. DM) so weit aufgesogen, daß die Leistungsbilanz einen in der Tat nicht sehr bedeutenden Plus-Saldo von 1,7 Mrd. DM aufweist, der sich gegenüber den Ergebnissen im Zeitraum 1951–61 oder gar 1967–69 bescheiden ausnimmt. Zu erwarten sei, daß infolge der weiter anwachsenden Abflüsse durch Urlauber und Gastarbeiter und der mit dem Konjunkturaufschwung zunehmenden Einfuhren der Überschuß der Leistungsbilanz sich im laufenden Jahr wieder zurückbilden werde. Die Entwicklung der Handelsbilanz ist freilich umstritten; EWG-Experten rechnen entgegen deutschen Stimmen mit einem Anstieg des Exportüberschusses auf 25 oder mehr Mrd. DM.

## Fehlende ökonomische Kriterien

Abgesehen davon, daß sich die Ökonomen weder über die Kriterien einig sind, nach denen eine Währung in ihrem Außenverhältnis falsch bewertet

*Rainer J. Harring, 28, Diplom-Volkswirt, promoviert gegenwärtig an der Universität Frankfurt mit einer Arbeit über Probleme der Zielorientierung eines föderalistischen Finanzsystems.*

ist, noch ein geeigneter Indikator dafür in Sicht ist, scheint das Beharren auf der Bewertungsfrage in die Irre zu führen. Es widerspricht zunächst einmal den politischen Realitäten: Der Wunsch der Vereinigten Staaten, ihre Handelspartner sollten zur Entlastung der US-Zahlungsbilanz beitragen, ist in allererster Linie an die Bundesrepublik und an Japan adressiert; daß die USA bereit sind, zu sehr harten Mitteln zu greifen, um ihren Wünschen Nachdruck zu verleihen, haben sie am 15. August 1971 bewiesen.

Aber die Frage ist auch aus ökonomischer Sicht falsch gestellt. Sie verdeckt den Blick auf einige bedeutsame Zusammenhänge und strukturelle Entwicklungen, die zu einem Gutteil die heutigen wirtschafts- und währungspolitischen Probleme der Bundesrepublik hervorgebracht haben.

#### **Merkantilistische Denkweise**

Die Art der Argumentation verrät zugleich einen beachtenswerten Bestand an merkantillistischem Denken. Nicht achtend, daß jeder Exportüberschuß die im Inland zur Verfügung stehende Gütermenge verknappt, scheint man weiter nach der alten Maxime zu verfahren, daß Exportkraft den nationalen Reichtum mehre. Hier wirken noch die Erfahrungen der 50er Jahre nach. Doch was in den Wiederaufbaujahren der Bundesrepublik richtig gewesen ist, weil es das Hineinwachsen in leistungsfähige Betriebsgrößen und kostengünstige Kapazitäten gestattete, kann heute nicht mehr als Dogma gelten. Ohne gleich in den mancherorts gepflegten Wachstumspessimismus zu verfallen, hat doch die Diskussion über die Probleme des Umweltschutzes und die Grenzen der Agglomeration in sich immer mehr verdichtenden Industrielandschaften gezeigt, daß nach der Erzeugung der Quantität auch die Frage nach der Qualität gestellt werden muß.

Weiter scheint es, als habe man nie etwas von der Existenz eines internationalen Preiszusammenhanges gehört, der in einer beginnenden Boomsituation, wie der unsrigen, der simpelsten Quantitätstheorie Geltung verschaffen muß. Aber anstatt die Exportlastigkeit der deutschen Wirtschaft abzubauen, wodurch tendenziell das in-

ländische Güterangebot erhöht würde, und damit von der Leistungsbilanz her eine Entlastung zu schaffen, hält man selbst in Zeiten der Hochkonjunktur das Leitbild eines positiven Saldos hoch. Weiterhin ist zu fragen, ob die von der Bundesbank beklagte heftige Kreditnachfrage ihre Ursache nicht auch in dem Drang der Unternehmen findet, das Exportgeschäft zu finanzieren und den Produktionsapparat dem neuen Ansturm der Auslandsorders anzupassen.

#### **Zweifelhafte Gegenrechnungen**

Der Anteil der Exporte am Bruttosozialprodukt, der zwischen 1960 und 1965 auf einem Niveau von etwas über 15% ganz leicht expandierte, ist im Zuge der Exportoffensive, die 1967/68 die Rezession überwinden half, auf über 18% hochgeschwungen und verharrt seither auf diesem hohen Stand. Die bereits traditionell in beträchtlichem Ausmaß exportorientierte Produktions- und Absatzstruktur der deutschen Wirtschaft ist in diesen fünf Jahren also noch stärker auf das Auslandsgeschäft abgestellt worden.

Man wollte in Unternehmen und Öffentlichkeit nicht wahrhaben, daß die Märkte oftmals nur wegen der Unterbewertung der D-Mark erobert worden waren. Als die Mark aufgewertet wurde, hielten die Firmen oft auch unter Verlusten an den erreichten Positionen fest, weil man damit rechnete, aufgrund höherer Inflationsraten in diesen Ländern bald wieder den vorherigen Konkurrenzvorsprung erreichen zu können. Dabei übersah man jedoch, daß die gerne aufgemachte Gegenrechnung mit höheren Wiedereintrittskosten bei einem vorübergehenden Rückzug dann sinnlos war, wenn ein Ausbleiben der erwarteten neuerlichen Unterbewertung der D-Mark einen endgültigen Rückzug nahelegen mußte.

Die Verteidigung vieler Marktpositionen ist auch nicht damit zu begründen, daß die deutsche Volkswirtschaft den Export als Nothelfer in ungünstigen Konjunkturlagen pflegen sollte. Die Erfahrungen von 1967/68 können nicht als Beweis verwendet werden, da die damaligen Exporterfolge im wesentlichen der Unterbewertung der D-Mark zuzu-

## **KONJUNKTUR VON MORGEN**

Der vierzehntäglich erscheinende Kurzbericht des HWWA - Institut für Wirtschaftsforschung - Hamburg über die Binnen- und Weltkonjunktur und die Rohstoffmärkte

**VERLAG WELTARCHIV GMBH - HAMBURG**

schreiben waren. Vielmehr hat das Festhalten an der hohen Exportquote die Abhängigkeit der Bundesrepublik von der Konjunktur- und Preisentwicklung in ihren Partnerländern weiter verstärkt. Stabilitätspolitisch bedeutet dies, daß der Spielraum für eigene Maßnahmen abgenommen hat.

Die Ausrichtung der Investitionen auf die Bedürfnisse des Exports hat diesen Zustand für die nächsten Jahre festgeschrieben, da eine Umstellung der Produktionsstruktur nicht von heute auf morgen möglich ist. Die Beibehaltung einer Wirtschaftspolitik struktureller Unterversorgung des Inlandes muß angesichts des bekannten Bedarfs an Investitionen in die Infrastruktur und dem bereits im Vor-Boom vorhandenen Preisüberhang nicht allein die wirtschafts-, sondern auch die gesellschaftspolitischen Schwierigkeiten in der Zukunft potenzieren.

### Verschleppung von Strukturschwächen

Häufig wird darauf hingewiesen, daß die Beeinträchtigung oder gar Beseitigung der Wettbewerbsfähigkeit einer Reihe von Industriezweigen (insbesondere Textil-, Werft-, Automobilindustrie) auf den nationalen und internationalen Märkten durch eine erneute Aufwertung der D-Mark vornehmlich ohnehin strukturschwache Regionen der Bundesrepublik treffen würde. Ohne weiter auf die recht sonderbare Auslegung des Begriffes „strukturschwach“ eingehen zu wollen — inzwischen gehören drei Fünftel des Bundesgebietes zu den Fördergebieten der regionalen Wirtschaftspolitik<sup>1)</sup> —, soll angemerkt werden, daß diesem Verdikt jede Art globaler restriktiver Wirtschaftspolitik zum Opfer fallen muß.

In hohem Maße bedenklich wäre es, wenn sich die Strukturpolitik eines falschen Wechselkurses bedienen würde, mit der Folge, daß lediglich vorhandene Strukturschwächen weiter verschleppt und notwendige strukturverändernde Maßnahmen unterlassen würden. Den Schaden davon trügen nicht nur die weiterhin mit Illusionen versorgten Arbeitnehmer der betroffenen Branchen und Regionen, sondern ebenso die Bemühungen um die Geldwertstabilität. Es fragt sich zudem, wann eine solche Bereinigung leichter sein könnte als zum gegenwärtigen Zeitpunkt, in dem die Nachfrage nach Arbeitskräften neuen Höhepunkten zustrebt.

### Überweisungen der Gastarbeiter

Schließlich ist zu prüfen, ob das Argument stichhaltig ist, ein hoher Exportüberschuß sei allein schon wegen der Überweisungen der Gastarbeiter notwendig. Es scheint vielmehr so zu sein, daß hier sehr enge Verbindungen zueinander beste-

hen<sup>2)</sup>: Der große Bedarf an ausländischen Arbeitnehmern ist nicht zuletzt auch ein Ergebnis des Arbeitskräftemangels in der Exportgüterproduktion. Und damit schließt sich der Kreis: Wir brauchen Exportüberschüsse, um die Gastarbeiterüberweisungen zu finanzieren, und die Gastarbeiter sind notwendig, um die Exportleistungen zu erwirtschaften. Gewiß soll nicht verkannt werden, daß die Beiträge der ausländischen Arbeitnehmer zum Sozialprodukt der Bundesrepublik ihre Überweisungen in die Heimatländer bei weitem übersteigen. Dem sollte aber entgegengestellt werden, daß die volkswirtschaftliche Kostenrechnung eines Bevölkerungszuwachses von bald 3 Mill. Menschen noch kaum aufgemacht und noch weniger in notwendige entsprechende Sozialinvestitionen umgesetzt worden ist<sup>3)</sup>.

Diese Thesen für den nachhaltigen Abbau des deutschen Exportüberschusses vorzutragen, bedeutet nicht, daß die Notwendigkeit einer positiven Handelsbilanz grundsätzlich in Frage gestellt wird. Die für Auslandsreisen und langfristige Kapitalexporte (Auslandsinvestitionen und Entwicklungshilfeleistungen) benötigten Ressourcen müssen durch den Außenhandel eingebracht werden; diese Vorgänge werfen auch keine Stabilitätsprobleme auf. Die Thesen sollten vielmehr dazu anregen, einmal darüber nachzudenken, welche Ziele die deutsche Volkswirtschaft mit der starken Exportausrichtung verfolgt und welche Probleme eine solche Entscheidung für das inländische ökonomische und gesellschaftliche Geschehen aufwirft.

Sie sollten ferner darauf aufmerksam machen, daß zumindest in Zeiten eines konjunkturellen Aufschwungs ein Defizit der Leistungsbilanz kein Sündenfall, sondern vielmehr aus stabilitätspolitischen Gründen geradezu anzustreben ist. Aber auch im Hinblick auf langfristige Aspekte besteht kein Anlaß zu Bedenken. Selbst wenn als Folge einer generellen Umorientierung zugunsten einer verbesserten Inlandsversorgung ein Passivsaldo der Leistungsbilanz für mehrere Jahre eintreten würde, sollte das angesichts der hohen Devisenreserven nicht allzu tragisch genommen werden. Eine ernsthafte Gefahr eines „chronischen“ Defizits dürfte ohnehin kaum gegeben sein, da die deutsche Wirtschaft wegen der günstigen Produktionsstruktur mit einem großen Anteil an hochwertigen Fertigwaren tendenziell und im Trend stets zu einer Aktivierung der Handelsbilanz neigen wird.

<sup>1)</sup> Vgl. Jahresgutachten 1972 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Tz. 277.

<sup>2)</sup> Vgl. J. Siebke, M. Williams: Wir exportieren zu billig. In: Der Spiegel, 8/1973, S. 20.

<sup>3)</sup> Zur Frage der volkswirtschaftlichen Vor- und Nachteile der hohen Ausländerbeschäftigung siehe G. Kade, G. Schiller: Gastarbeiterpolitik im Nebel. In: WIRTSCHAFTSDIENST, 53. Jg. (1973), H. 2, S. 61 ff.